

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bindungslohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 8 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 20

Sonntag, den 17. Mai

1913

## Die Steuerscheu.

Wenn der Steuerzettel in die Wohnung des Arbeiters gebracht wird, dann gibst neue Sorgen. Entrichtet man die Steuer werden — doch, woher nehmen, ohne zu fehlen? Die schier zahllosen indirekten Steuern nehmen schon alles fort; der Lohn ist viel zu gering, wo soll da noch Geld zu den direkten Steuern herkommen? Und da Sorgen und hungern sich die Arbeiter immer wieder ab, um den Exekutor vom Hause fern zu halten.

Wie töricht doch diese Arbeiter sind! Warum machen sie es nicht, wie die Reichen, die sich so leicht vom Steuerzahler befreien? Gut gebrüllt, Löwe! Doch, wie wäre das zu machen? Nun, die Arbeiter müssen eben auch reich werden. Durch Fleiß und Sparsamkeit können sie es. Wenigstens sagen ihnen das die Verteidiger der „göttlichen Befehlsordnung“ alle Tage, obwohl sie andererseits auch behaupten, es werde ewig Reiche und Arme geben, und die Armen müßten auf Erden entlagen lernen, dafür werden sie im Himmel mit der „ewigen Seligkeit“ entschädigt. Das heißt, aber nur dann, wenn sie sich auf Erden recht brav und gefällig von den Reichen an der Nase herumführen und ausbeuten lassen.

Ja, die Reichen, wie haben sie es doch auf Erden so gut! Zu ihnen kommt der Exekutor wegen der Steuern nicht. Besonders die armen reichen Agrarier brauchen ihn nicht zu fürchten. Warum? Je nun, sie zahlen eben keine Steuern wie die Arbeiter, weil — weil sie, nichts haben. Sie sind eben arm, die armen Reichen. Weil sie arm sind, gewährt ihnen der Staat Abzüge bei der Deklaration ihres Einkommens, und nach diesen Abzügen bleibt nichts Steuerbares mehr übrig. Das ist das ganze Geheimnis.

Warum machen die Arbeiter keine Abzüge? Weil ihnen der Staat das nicht erlaubt. Sie brauchen auch ihr Einkommen nicht selbst anzugeben, das besorgt schon der Unternehmer im Auftrage des Staates, er schreibt die Summe aus den Lohnlisten ab. Seht, so sorgt der Staat für die Arbeiter, er nimmt ihnen sogar die Last der Selbsteinschätzung ab. Denn so eine Selbsteinschätzung ist nicht leicht. Jeden Augenblick verrechnen sich die Reichen, die nicht immer im Gedächtnis haben, wo sich ihre Reichthümer hin vertriebelt haben. Und woher sollte denn der Staat erfahren, wie reich einer ist! Da ist es eben nicht ausgeschlossen, daß viele Reiche viel zu wenig Steuern zahlen, manche gar nichts.

Es genügt ja auch, wenn die kleinen Leute und Arbeiter richtig eingeschätzt sind? Ihrer sind so viele, daß es schon ausreichen wird, wenn sie richtig und reichlich Steuern zahlen. Nichts aber nicht, na, dann müssen eben neue Steuern gemacht werden. Dann wirds schon reichen.

Weils ja nicht reicht zu 136000 neuen Soldaten, werden nun neue Steuern gemacht. Neue Steuern, die Jahr für Jahr Hunderte von Millionen Mark einbringen sollen zu den fortlaufenden Ausgaben. Darüber ist ein großes Jammer ausgedrungen. Bei den Armen? Ach wo! Bei den Reichen. Allesamt heulen sie und schreien, daß es ihr Mühe sei, wenn sie die Kosten für das neue Heer von 136 000 Mann tragen sollten. Und doch wird dieses neue Heer nur für sie geschaffen!

Was ist da also zu tun? Es muß doch jedem Arbeiter nahe gehen, wenn die armen Reichen ruiniert werden. Dann hätten ja die Arbeiter nichts mehr zu arbeiten, wenn die Reichen durch Steuern kaputt gemacht würden. Also müssen sie schon ein Herz haben und die neuen Steuern zu den alten mit übernehmen. Sie können doch so fleißig arbeiten, da wirds schon gehen. Steuerscheu dürfen sie nicht sein. Das ist eine Eigenschaft, die nur die Reichen stört.

Das Herz der Reichen erzittert bei dem Gedanken, daß, wenn die Militärvorlage mit dem Wehrbeitrag von einer Milliarde nach den Pfingstferien bewilligt wird, die Beratung über die fortlaufenden Ausgaben bis zum Herbst verschoben werden könnte. Sie wittern die Schreden einer Erbschaftsteuer, weil ein Teil der Liberalen für sie eintritt. Kreuzzeitungstrotter und Abhaltagraber beschwören Himmel und Hölle, solche Frevler nicht zu dulden. Und selbst in dem Hause der Glaubtesten und Edelsten, im preussischen Herrenhause, brach der Schmerz über solche Ausbeute aus.

Graf Mirbach, ein Klopffechter der Ultrareaktionäre und Feudalen, schrie nach indirekten Steuern. Das Reich dürfe nur indirekte Steuern erheben, direkte nur die Einzelstaaten. Im Einzelstaat streifen dann die Steuerscheu der Junker und Agrarier das Wohlstand zum gerechten Ausgleich. Und im Reiche bleibe die Zahlungsfähigen — Arbeiter.

Erbschaftsteuer, Vermögenssteuer, Einkommensteuer — alle Schreden der Hölle verdrängen keinen ähnlichen Ein-

druck auf die „Edelsten der Nation“ auszuüben, wie diese Steuerdreifaltigkeit. Die blutdürstigsten Revolutionäre sind einer solchen gewaltigen Entrüstung nicht fähig, wie sie in den Feudalen aufkam bei dem Gedanken an die Möglichkeit einer Einführung der Erbschaftsteuer. Diese „Witwen- und Waisensteuer“ wäre gräßlich, sie untergräbe den „Familiensinn“ und zwänge wahrhaftig die feudalen Steuerbrüderberger zur Angabe ihres Einkommens, ihres Vermögens.

Wie glücklich sind doch die Arbeiter, da sie nichts zu vererben haben; ihre Witwen und Waisen werden nicht vom Staate gesündigt werden können, weil — sie nichts haben. Und die Familie wird nicht gestört durch die Aufhäufung von Reichthümern. Selig sind die Armen, denn — sie zahlen indirekte Steuern und haben nichts in Scheuern, weil sie auch solche nicht haben.

Wahrlich, keine Satire ich blutig genug, um die Schönhheiten des bürgerlichen Staates, seine Gerechtigkeit und seine Dreifaltigkeit gegenüber den arbeitenden Klassen geißelnd zu geißeln. Aber gemacht — der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Einstmals werden die armen Reichen doch direkte Steuern zahlen müssen, dann ist das Himmelreich auch ihrer. Freilich, ihre Steuerscheu werden sie auch dort nicht verleugnen können! Oder läßt man sie dort auch durchschlüpfen? —

## Gelber „Wirtschaftsfriede“

Für die gelben Arbeitervereine (Werktvereine usw.) schwärmen natürlich alle Süßlinge des Kapitalismus, die einmal durch ein sozialpolitisches oder ökonomisches Seminar gelassen sind und ihre akademische Weisheit dem Unternehmertum für allgemeine Belohnung anbieten. Eine Reihe Zeitchriften sind ebenso zu dem Zweck gegründet worden, den Kapitalistenhörnern die Blagerung ihrer „nationalökonomischen“ Samierereien zu ermöglichen. Gibt es doch noch Gimpel genug, hauptsächlich in den bürgerlichen Kreisen, die das Geschreibsel eines „akademisch Gebildeten“ mit großer Scheu, die der eigenen Unwissenheit entspringt, betrachten wenn sie sich auch „keinen Vers drauf machen“ können.

So hat der Bund deutscher Werkvereine ein neues Wochenblatt geschaffen, „Wirtschaftsfriede“, der, wie schon sein Titel besagt, die Konfusion unter den „Gelben“ zu fördern beabsichtigt ist. In diesem Blatte hat ein Herr Dr. Schlenker, seines Zeichens Syndikus der Handelskammer zu Saarbrücken, Proben seiner nationalökonomischen Kenntnisse abgelegt, die von der Redaktion der „Vereinigten Tabakzeitungen“ des Abdrucks gewürdigt wurden. Welchen Wert die Salbaderei hat, werden unsere Leser an einigen Proben erkennen.

Zunächst jammert der handelsbesessene Syndikus über den Pöbel der „guten alten Zeiten“, in denen die Gesellen Glieder der Familie des Meisters waren“. Wie ein echter „Krauter“ geht er über die Schattenseiten seiner „guten alten Zeiten“, hinweg und bietet uns so nur die Rücke seiner wirtschaftsgeschichtlichen Kenntnisse. In leichtester Weise schreibt er dann, daß die „Zusammenhängungen der Betriebe in den großen Städten“ die persönlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vörringer habe, aber, daß der Wunsch im Herzen vieler Arbeitgeber rege geblieben war, für ihre Arbeiter auf den verschiedensten Gebieten sozial zu sorgen, beweisen die vielen Wohlfahrtsvereine.

Gegenüber dieser ganz gemöhnlichen Klage für die „weiße Salbe“, Wohlfahrtsvereinigung genannt, sei nur die Frage gestellt, warum denn die so arbeiterfreundlichen Herren Unternehmer sich so förmlich gegen Schutzgesetze für die Arbeiter verhalten und in ihrer Presse sogar gegen die ganz unzureichenden sozialpolitischen Gesetze, die erst auf starkes Drängen der Arbeiter und ihrer parlamentarischen Vertretung, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, gewährt wurden, heben lassen. Sie könnten sich die „Wohlfahrtsvereine“ sparen, wenn es gute soziale Gesetze für die Arbeiter gäbe und wenn die Herren „ihren“ Arbeitern ein paar Pfennige Lohn pro Stunde mehr geben würden. Hier liegt der Hase im Pfeffer!

Ein den Herren Doktor richtig würdigendes Lächeln zwingt es uns jedoch, ab, wie er die „Gelben“ einschätzt; er schreibt nämlich:

Die fortwährende Verheerung der Massen mußte schließlich dahin führen, daß einige selbständig denkende Arbeiter sich freimachten, die wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sie lebten, zu kritisieren und dabei freilich zu ganz anderen Resultaten kamen.

Sie sagten sich, daß der Wechsel auf den Zukunftsstaat hoch etwas langwierig sei, daß allein die Beiträge zu den Organisationskosten, zur Parzellierung, zum Erwerb und Gaubersand, die „Ertragsgaben zur Unterhaltung Streikender im In- und Auslande, eine Summe ausmachen, die gepart, ihnen die Möglichkeit gibt, sich betriebs-

wohnungen zu verschaffen, die Kinder angemessen auszubilden oder auszubilden. In sehr häufig werden sie gerade in der Zeit besser Konjunktur der Möglichkeit herabzu, gut zu verbieren und Ersparnisse zu machen, weil sie wegen eines ihnen ganz gleichgültigen Streiks in fernem Gegenden ausgeperrt oder zu einem Streik kommandiert werden, oder weil wegen eines Streiks in einem anderen Geschäftszweig das Werk, in dem sie arbeiten, kein Rohmaterial bekommen kann. Die älteren, verheirateten Leute begannen und begannen vielfach ernstlich zu zweifeln an dem Werte der vielgerühmten Solidarität der Arbeiter.

So werden allmählich all die Glaubenssätze der Arbeiterorganisationen, im besonderen der sozialdemokratischen, nachgeprüft und einer nach dem anderen als irrtümlich und gefährlich befragt und an Hand der Erfahrung durch einen anderen erlegt.

An die Stelle der Auffassung vom unüberbrückbaren Gegensatz der Arbeiter zum Kapital und Unternehmer tritt der Grundsatz der überwindlichen Interessengemeinschaft.

An die Stelle der Lehre von der Allmacht der Organisation tritt die Auffassung, daß nur Fleiß, Zuverlässigkeit und Sparsamkeit den Arbeiter frei und zufrieden machen könne und daß die Organisation nur so weit berechtigt ist, als sie die Arbeiter in dieser Beziehung unterstützen und ihnen helfen könne.

Es sollen mir wirklich ernsthaft die längst abgedroschenen Redensarten über den „Zukunftstaat“, über Organisationsbeiträge und Streikunterstützung, über die Befestigung der Glaubenssätze der Arbeiterorganisationen oder über die Interessengemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital einer Kritik unterworfen? Das wird man von uns kaum verlangen, schließlich alles das unzähligmal von anderen Soldaten des Kapitalismus ungleich besser geschrieben worden ist.

Aber eins müssen wir doch sagen: Wenn ein Handelskammerhündchen den Arbeitern aufreden will, sie kämen von ihrer Auffassung über den Wert der Organisation zurück zu dem Glauben des Ammenmärchens, daß „Fleiß, Zuverlässigkeit und Sparsamkeit den Arbeiter frei und zufrieden machen könne“, so besteht er entweder von der Arbeiterbewegung noch weniger, wie ein Gelber, oder er macht sich bewußt zum Antreiber der Arbeiter, um den Profitmachern gefällige Ausbeutungsobjekte zuzuführen.

In beiden Fällen muß er jedoch darauf verzichten, ernst genommen zu werden. Es ist doch staunenswert, mit wie wenig nationalökonomischem Verständnis, sozialpolitischer Einsicht und mit welcher plöziöser Ungeschicklichkeit dem Unternehmertum gebient werden kann. Freilich, das Unternehmertum leidet ja selbst nicht an übertriebenen Kenntnissen unserer Volkswirtschaft, und seine Einschätzung der Arbeiter steht ja auch auf tiefer Stufe der Menschenkenntnis. Also wird ihnen die Salbaderei der Kapitalistenhörnern schon genügen.

Wir freilich würden uns lieber mit etwas Besserem herumschlagen. Zur Charakterisierung unserer Gegner geht es aber nicht anders. Der „Wirtschaftsfriede“ mag nur den Arbeitern weiterhin Sparsamkeit, Zuverlässigkeit und Fleiß predigen, sie werden bald inne werden, daß all ihr Fleiß und ihre Sparsamkeit nur die Taschen der Unternehmer füllt. Die ihrigen bleiben dabei leer.

## Die Lage der Arbeiterinnen.

k. r. Dieser Lage sind die amtlichen Berichte der preussischen Gewerbeinspektoren erschienen. Neben den Gewerbeberatern, Gewerbeinspektoren und Hilfsarbeitern waren auch 14 Hilfsarbeiterinnen im Gewerbeaufsichtsdienst beschäftigt, zu denen am 1. April 1913 noch weitere vier Hilfsarbeiterinnen traten. Nach den Berichten sind im Jahre 1912 insgesamt 171 926 gewerbliche Anlagen revidiert worden, davon 2843 in der Nacht und 4812 an Sonn- und Festtagen. Einmal revidiert wurden 79 659 Betriebe, zweimal 12 649, drei- oder mehrmal 7286. Weiter nahmen die Gewerbeinspektoren noch an 29 167 Unfallsuntersuchungen teil.

Die Anzahl der Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern oder diesen gleichgestellten Betrieben betrug 169 606, davon beschäftigten 55 686 Arbeiterinnen und 59 736 jugendliche Arbeiter. An erwachsenen Arbeiterinnen wurden 620 631 gezählt, davon 282 227 zwischen 16—21 Jahre und 398 404 über 21 Jahre. Junge Leute zwischen 14—16 Jahre wurden 274 378 ermittelt, davon 184 003 männlich und 90 375 weiblich; Kinder unter 14 Jahren 3149 und zwar 2047 männlich und 1102 weibliche. Revidiert wurden nur 86 509 = 51 Prozent der Betriebe. Dieselben beschäftigten 570 071 Arbeiterinnen, junge Leute zwischen 14—16 Jahren 151 530 männliche, 71 694 weibliche, Kinder unter 14 Jahren 1743 männliche und 876 weibliche. In welcher Weise die Frau bzw. das Mädchen heute im Gewerbe und mit tätig ist, geht am deutlichsten daraus hervor, daß sogar in Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanstalten 10 070 erwachsene Arbeiterinnen in Betracht kommen. Ferner 5156 von 14—16 Jahren und 37 Kinder unter 14 Jahren.



Die ermittelten Zumberechnungen im Jahre 1912 gegen Bestimmungen betreffend die Beschäftigungen der Arbeiterinnen ergab folgendes Bild: In 3671 Betrieben wurden hier Verhöre festgestellt und mit Strafe (meistens geringe Geldstrafen) belegt. U. a. wurden 2878 Arbeiterinnen über die gesetzliche Dauer hinaus beschäftigt, 3053 hatten nicht die vorgeschriebene Mittagspause, 6181 mussten Sonnabends länger als zulässig und Sonntags ebenfalls arbeiten, ja man schaute sich nicht, 632 Arbeiterinnen sogar nachts zu beschäftigen. Unter den jugendlichen Arbeiterinnen, die verbotswidrig beschäftigt wurden, bestand sich ebenfalls eine Anzahl weiblicher. In welcher Weise die Arbeiterinnen zu den Ueberstunden herangezogen wurden, geht am besten daraus hervor, als 172 691 Arbeiterinnen in 40 053 Betriebsstätten, insgesamt 2 534 635 1/2 bewilligte Ueberstunden leisteten. Dieselben entfielen auf die Wochentage. Für Sonnabends wurden 59 911 1/2 bewilligte Ueberstunden von 2447 Arbeiterinnen, an 1650 Betriebsstätten geleistet.

Wegen Zumberechnungen gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen wurden in den verschiedensten Gewerben Unternehmer zur Anzeige gebracht. U. a. werden auch Ziegeleien, Kiesgruben usw. mit aufgeführt, wo Arbeiterinnen über die gesetzliche Dauer hinaus beschäftigt wurden, ja nach dem hiesigen Bericht wurden sogar fünf schulpflichtige Kinder, wovon zwei unter 14 Jahre alt waren, mit dem Eltern an Stein in Ziegeleien beschäftigt. Die Befragungen sprachen die Unternehmer nicht groß, meistens sind es, wie schon erwähnt, geringfügige Geldstrafen. Berichtete noch der Casseler Gewerbeinspektor, daß ein dreizehnjähriger Knabe von Mitternacht bis 5 Uhr morgens mit der Befeuern des Kaminofens beschäftigt wurde. Dafür erhielt der Meister sage und schreibe 10 M. Geldstrafe. Der Oppelner Bericht findet eine Erklärung für die vielen Uebertretungen der Unternehmer in dem Ueberangebot weiblicher Arbeiter und deren niedrige Arbeitslöhne in Ziegeleien. In welcher Weise Unternehmer den Gewerbeaufsichtsbeamten ein Schnippen zu schlagen versuchen, geht daraus hervor, daß im Gleiwitzer Bezirk ein Ziegeleibesitzer beim Herannahen des Gewerbeinspektors den Arbeiterinnen Anweisung gab, daß die in dem Ofen tätigen Mädchen sich entfernen sollten. Trotzdem erwich die Beamte die davonlaufenden Mädchen und stellte fest, daß dieselben schon jahrelang in den Ofen tätig waren und daß ihnen Ueberstunde erteilt war, sich beim Herannahen des Aufsichtsbeamten von der Arbeitsstätte zu entfernen. Trotz schriftlicher Verwarnung beschäftigte ein Ziegeleibesitzer nach dem Breslauer Bericht bei der Ausführung von Eisenbahnbauten weibliche Arbeiter mit dem Transport von Erde und Steinen. Der nur allein zur Verantwortung gezogene Betriebsleiter wurde mit ganzen 3 M. Geldstrafe belegt und der Unternehmer ging frei aus.

Daß die Lage der Arbeiter noch verbesserungsbedürftig ist, geht u. a. aus dem Mindener Bericht hervor. Dort heißt es: „Da der Verdienst der Fabrikarbeiter in der Regel zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht, arbeitet die Frau, häufig mit ihrem Mann gemeinschaftlich, zu Hause weiter.“ Nach dem Casseler Bericht fand im Herbst Schmalzfabriken eine Abwanderung von Arbeiterinnen aus den Metallwarenfabriken in die dort durch Hamburger Firmen neu errichteten Zigarrenfabriken statt. Und weshalb haben diese Unternehmer dort ihre Fabriken errichtet? Um billige Arbeitskräfte zu erhalten. Leider geben sich die Arbeiterinnen hierzu auch vielfach her. Pflicht der Arbeiterinnen muß es sein, sich samt und sonders den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, um dann in Gemeinschaft mit den Männern für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit einzutreten. Daß die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen verbesserungsbedürftig ist, geht aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten nur zu deutlich hervor. Vereinzelt eingeführte Wohlfahrts-einrichtungen, Freigabe des Sonnabendnachmittags in einigen Bezirken bzw. Fabriken ändern auch an der allgemeinen Lage gar nichts.

## Rundschau.

**Zunehmende Arbeitslosigkeit.** Die vom Reichsarbeitsblatt allvierteljährlich veröffentlichten Nachweise über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden lassen für das erste Quartal 1913 eine nicht unbedeutende Steigerung der Arbeitslosigkeit im Vergleich mit derselben Periode des Vorjahres erkennen. In der Berichterstattung waren diesmal 50 Verbände mit 2 639 633 Mitgliedern beteiligt, von denen 2 003 351 durch die Berichterstattung ausgeschlossen wurden. Davon waren zu Ende der letzten Woche des März arbeitslos am Orte und auf der Reise 45 614 = 2,3 Prozent. Die entsprechenden Zahlen stellen sich zu Ende der letzten Februarwoche auf 57 181 und 2,9 Prozent, zu Ende der letzten Januarwoche auf 62 676 und 3,2 Prozent.

Man muß bis zum Jahre 1909 zurückgehen, ehe man einen ebenso bzw. höheren Stand der Arbeitslosigkeit findet, wie im ersten Quartal 1913. Ob schon die hochkonjunktur überritten ist, oder ob es sich um eine vorübergehende Wirkung des Konjunkturges auf unser Wirtschaftsleben handelt, wird in die nächste Zeit lehren.

**Der Schuß des § 193 Str.-G.-B. für den Gewerkschaftsangehörigen.** Vor dem Schöffengericht in Schiffsberg im Kreis Stralburg i. S. hatte der Ortsangestellte für Stralburg des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter sich wegen Verleumdung des Brauereidirektors Frenschuch zu verantworten. Die Verleumdung wurde erlassen in der Kritik, die der Angeklagte dem Direktor wegen eines Verhältnisses des organisierten Arbeiters gegenüber und wegen der sonstigen Umgebung des Direktors in der Presse ausgesprochen hat. Durch Zeugenaussagen wurde vor Gericht festgestellt, daß das vom Angeklagten gegen den Direktor Frenschuch zitiert und daß der Direktor oder Frenschuch der Organisation gegenüber laut über die Presse alle kein andere Weg übrig, als per Ver-

öffentlichung der Missethats und zur Kritik des ganzen Gebarens der Zeitung der Brauerei zu schreiten, um auf diesem Wege Abhilfe zu erlangen, bevor zum letzten Mittel, zum Streit, gegriffen wurde. Der Angeklagte hatte sich nur in der Form vergriffen. Er wurde deshalb zu der hohen Strafe von 200 M. verurteilt. Der Schuß des § 193 des Strafgesetzbuches wurde ihm versagt, wobei wohl die Absicht des Gerichtspräsidenten ausschlaggebend gewesen ist, der da meinte, daß die Arbeiter in erster Linie ihre Interessen selbst wahrzunehmen müssen.

Wenn dieses Urteil Schule machen sollte, kann der Gewerkschaftsangehörige bei Vertretung von Arbeiterforderungen den Unternehmern gegenüber nie mehr in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln. Man muß beachten, daß der Angeklagte als Gewerkschaftsangehöriger von der Brauereileitung fortgesetzt durchbrochenen Tarif mit verhandelt, mit abgeschlossen hat, daß er also in doppelter Eigenschaft als Vertragsabgeschlossen und als Gewerkschaftsmitglied des Arbeitersverbandes die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, dem Tarif Geltung zu verschaffen und Verstößen gegen ihn abzuwehren hatte; daß er ferner auf seine Beschwerden gar keine Antwort erhielt oder daß trotz Zusage keine Abhilfe erfolgte. In diesem Fall dem Angeklagten der Schuß des § 193 zu versagen, heißt nicht die Aufgabe und Tätigkeit der Organisation und ihrer Angestellten völlig verkennen, sondern auch dem § 193 eine Auslegung geben, die greifbar falsch ist und nur von jemand gebilligt werden kann, der völlig einseitig das Unternehmerinteresse im Auge hat.

**Der „Diener Gottes“ als Ferraristi.** Dem Mitgliede des Deutschen Textilarbeiterverbandes Johann Hausen in Greifswald wurde bei der Osterbeichte die Absolution verweigert, weil er dem Pfarrer Wolbroder nicht verzeihen wollte, aus dem Deutschen Textilarbeiterverbande auszutreten. „Du müßt wissen, ob du dies irgendwo vermerken kannst“, sagte ihm der „unparteiische“ Pfarrer.

**Die Fürsorge für arbeitsunfähige Wanderer.** Zur Regelung dieser Fürsorge ist ein vorläufiger Gesetzentwurf aufgestellt und den Bundesregierungen zur Weiterverhandlung zugegangen. Es handelt sich um eine Abänderung des § 28 des Unterstützungsgesetzes und um eine Anpassung der Wandererarmenfürsorge nach den Grundgedanken der württembergischen Einrichtungen. Eine obligatorische Einführung allgemeiner Arbeitsnachweise auch für ortsunfähige Bevölkerung kommt zunächst nicht in Frage.

**Bereine als Ersatz für die Landarbeiter-Gewerkschaften!** Gegen die freie und die christliche Landarbeiterorganisation richtet sich ein Erlass des Vorstandes der Landwirtschaftskammer für Schlesien, der der Ansicht Ausdruck gibt, daß die bisherigen Organisationsversuche der Gewerkschaften von Erfolg begleitet waren. Es heißt in dem Erlass:

„Von den verschiedensten Seiten werden in letzter Zeit Versuche gemacht, die Landarbeiter und landwirtschaftlichen Gehilfen in einheitlichen, auf dem Boden der Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen zu sammeln. Solche Versuche sind zum Teil von ansehnlichen Erfolgen begleitet gewesen.“

Nach eingehenden Erwägungen sind die Vertretungen der Landwirtschaft Schlesien zu der Ueberzeugung gekommen, daß einheitliche, Klassenmäßige Organisationen der Arbeiter oder der Arbeitgeber nicht im Interesse des landwirtschaftlichen Berufes oder der ländlichen Bevölkerung liegen.“

Um ein weiteres Umschreiten der Organisation zu verhindern, empfiehlt der Vorstand die Unterbringung der Arbeiter und des Gehilfen in anderen landwirtschaftlichen Vereinen und empfiehlt als Ersatz für die Gewerkschaften: Schwenne, Ziegen-, Kleintierzucht-, Jäger- und Obstbauvereine, Fortbildungs- und Geselligkeitszirkel, Spar- und Darlehnskassen, Vereine zum gemeinschaftlichen Bezug für Hausbedürfnisse (!), für Versicherung, für Kreditgewährung zum Landankauf, Kriegervereine, Wehrvereine, Vaterländische Vereine und konfessionelle Vereine. Die Landwirtschaftskammer stellt selbst die Referenten für die Gewinnung der Arbeiter, empfiehlt die „persönliche Fühlungnahme“ für die Werbung der Proletarier und richtet ihren Anruf an alle landwirtschaftlichen Kreis- und Lokalvereine, Genossenschaften und dergleichen. — Die Landwirtschaftskammer bringt also Schwennevereine und ähnliche Organisationen als Konkurrenzverbände für den Landarbeiterverband zur Empfehlung. Wenn das nicht reicht, zieht nichts mehr.

**Grubenbeamte als Vollzister.** Das vorerwähnte Vergehen von Polizei in das oberste Reichsgericht muß dem nun doch bald geradezu proklamatorisch wirken. Nirgend wurde die Ruhe und Ordnung verletzt und dennoch immer mehr Polizei. Jetzt sind denn auch noch die Grubenbeamten der Königin Luisegrube von der Kgl. Polizeidirektion in Zarbe zu Hilfszwecken herangezogen worden. Es wird darüber von der Kgl. Polizeidirektion folgende Bekanntmachung erlassen:

„Die Mitglieder der Besatzungswachen des Steinhilbergrubens „Königin Luise“ in Zarbe, der „Guldengrube“ und der „Delbrückgrube“, welche als Hilfszwecke für den Polizeidirektionsbezirk bestellt und vereidigt sind, werden vom heutigen Tage an Hilfszwecke zum Dienst für sämtliche Betriebsanlagen der genannten Werke und ihrer nächsten Umgebung einberufen. Als äußeres Abzeichen tragen die Hilfszwecke die Bergmannsmütze mit preussischer Fahne und um der linken Arme eine weiße Binde mit der Aufschrift „Polizeibeamter“. Die Hilfszwecke haben die Bergleute der Kgl. Grubenbeamten. Ich mache darum besonders darauf aufmerksam, daß Widerstand gegen sie bei Ausübung ihres Amtes als Polizeibeamter den Umständen nach § 113 ff. des Reichsstrafgesetzbuches strafbar ist.“

Also Grubenbeamte, die im Dienste der bestreikten Grubengesellschaften stehen, als Sicherheitsorgane — gegen die Streikenden. Aus den schlimmen Tagen des Märzstreiks der Ruhrbergarbeiter wissen wir, daß die Grubenbeamten nicht die besonnensten Polizeibeamten sind. Sie haben die Pflicht, die Interessen des Unternehmers zu wahren, bei dem sie in Diensten stehen, und sind darum von vornherein voreingenommen gegen die Streikenden. Es wäre tief bedauerlich, wenn durch diese Maßnahmen der ruhige Kampf der Bergarbeiter gestört würde.

**Die Kurde „Herr“ — eine Streikbrecherbeleidigung.** Der Genosse Brenner vom Braunschweig „Vollstreub“ war wegen Beleidigung von acht Straßenbahnangestellten angeklagt, die im vorigen Jahr bei dem Straßenbahnerstreik in Königberg von Braunschweig kamen, um Streikbrecherdienste zu verrichten. Das Schöffengericht und auch die Strafkammer hatten auf Freisprechung erkannt mit der Begründung, daß in den beanstandeten „Kaufher“ und „verwerflicher Verrat“ nicht Beleidigungen, sondern sachdienliche Bezeichnungen erblickt werden müssen. Das Oberlandesgericht hingegen bezweifelte, daß eine beleidigende Absicht in dem fraglichen Artikel enthalten sei und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. In der erneuten Verhandlung kam die Strafkammer dann zu einer Verurteilung; es verhängte die verhältnismäßig sehr hohe Geldstrafe von 200 M. über den Genossen Brenner. Aus der Urteilsbegründung verdient erwähnt zu werden, daß auch der wiederholte Gebrauch des Prädikats „Herr“ oder die „Herren“ als beleidigend erachtet wurden. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß es sonst nicht üblich sei, unter solchen Umständen die Leute mit „Herr“ anzureden.

Die gerichtlichen Auffassungen über Streikbrecherbeleidigungen werden immer sonderbarer. Werden die Herrschaften beim richtigen Namen, ihrer Tätigkeit entsprechend, genannt, so läuft jemand Gefahr, wegen Beleidigung bestraft zu werden. Werden sie als Herren bezeichnet, so empfindet das Gericht selbst, daß dieser Titel wohl doch nicht die Qualität dieser dem Staate nützlichen Elemente und auch sonst wohl nicht ihrer Würde entspricht. Denn es ist nicht üblich, unter solchen Umständen einen solchen Menschen mit Herrn zu titulieren — so in diesem Falle das Gericht. Im Rechtsstaate Preußen ist kein Mensch so leicht zu beleidigen, wie die geheiligte Person des Streikbrechers.

**Wer sein Recht sucht — fliegt!** Es ist nichts Neues, daß die Arbeiter, die es wagen, ihre Rechte zu wahren, von den Unternehmern glatt auf die Straße gesetzt werden. Diese Praxis ist so verbreitet, daß man sich jetzt schon nicht mehr scheut, offen vor Gericht auszusprechen: Wer sein Recht geltend macht, wird rausgeworfen. Die große Ziegeleifirma Otto in Zwickau hatte 18 Arbeitern für das Ausfahren der in den Aprilfrösten zerfrorenen Ziegel einen so geringen Akkordlohn nachträglich festgesetzt, daß die Arbeiter noch beträchtlich unter dem Stundenlohn entlohnt wurden. Als der Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes, nach erfolgloser Intervention zugunsten der Arbeiter, in deren Namen die Klage beim Gewerbegericht eingereicht hatte, lehnte der Inhaber der Firma den Leuten die Kündigungspistole auf die Brust und suchte sie zum formellen schriftlichen Verzicht auf ihre Forderung zu bewegen. Er erreichte aber nur bei einem sein Ziel. Die Verweigerung sagte der Inspektor dem Vertreter der Kläger, um diese zur Zurückziehung der Klage zu bringen: „Ich habe den Leuten gekündigt, sie haben aber darauf erklärt, daß sie sich lieber zufriedengeben und weiterarbeiten wollten.“ Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er nur bei einem Mann damit Erfolg gehabt habe, daß aber die übrigen 15 noch auf ihr Recht bestehen, antwortete er: „Die stehen schon in Kündigung, und wenn die Leute ihre Klage nicht zurückziehen, dann müssen sie aufhören.“ Als schließlich auf Vorschlag des Vorsitzenden ein Vergleich auf Widerruf erfolgte, der den Arbeitern einen Teil ihrer Forderungen erfüllte, und dafür die Kündigung wieder aufhob, versuchte der Inspektor durch nochmalige Drohung mit Entlassung der Kläger, deren Vertreter zu zwingen, die Arbeiter zur Annahme des Vergleichs zu drängen. Wenn der Vergleich widerrufen wird, werden die Leute entlassen.

Dieses Verfahren beleuchtet so recht die brutale Gewalt, die der Unternehmer gegen den Arbeiter ausüben kann. Wenn die Arbeiter durch Androhung des Streiks den Unternehmer zur Erfüllung von Lohnforderungen zwingen wollen, werden sie wegen Erpressung bestraft.

**Die Steuerdrücker.** Wie niedrig sich die Grobgrundbesitzer in Preußen zur Steuer einschämen und mit welchen lächerlich geringen Beträgen sie häufig zur Einkommensteuer herangezogen werden, das über ist schon oft gesagt worden, ohne daß sich deshalb die Zustände geändert hätten. Einen sehr lehrreichen Beitrag zu diesem weitläufigen Kapitel bringt der „Messeburger Korrespondent“ in folgender Mitteilung aus Böhmen: „Recht schlimm muß doch mancher Großgrundbesitzer daran sein, wenn er sich bei circa 1000 Morgen erstklassigem Boden mit sechs Mark Einkommen zufriedener begnügen muß. Ein Mittergutsächter im hiesigen Kreise, welcher von seiner Verlagsgenossenschaft als ein äußerst tätiger Landwirt bezeichnet wird und ein Gut in der angegebenen Größe bewirtschaftet, ständig zwei bis drei Verwalter hat und seine Landwirtschaft durchaus rational betreibt, zahlt auf Grund seiner Steuererklärungen sage und schreibe sechs Mark Einkommensteuer“, während der alte Gutsherrmann mit einem Einkommen von 1200 M. eingeschätzt ist und zwölf Mark Steuern zahlt.“

Die Kunst ist nun, sich auf die Abgabeneinheiten bei der Steuererklärung zu verstehen, und diese Kunst haben die Junker und andere Agrarier bis zur Vollendung ausgebildet. Da der Landrat, der in erster Linie die Kontrolle zu üben hat, meist ein mitfühleres Herz für die „Not der Landwirtschaft“ hat, ist eine Nachprüfung und Nachzahlung nicht zu fürchten.



## Die Tabakindustrie im Bericht 1912 des Badischen Gewerbeaufsichtsamts.

I.  
Die Zigarrenindustrie steht, was die Zahl der beschäftigten Arbeiter anbetrifft, noch immer an zweiter Stelle unter den Industrien Badens. Mit 40 996 Arbeitern (im Vorjahre 40 910) umfaßt sie 14,5 Prozent der badischen Industriebeschäftigung. Die Eisenindustrie umfaßt 15,9 Prozent. Von einer Steigerung der Zahl der Tabakarbeiter im Verhältnis zur Steigerung der Zahl der Gesamtbeschäftigung kann trotz des Mehr von 86 nicht die Rede sein, denn im vorigen Jahre betrug der Anteil an der Gesamtbeschäftigung noch 15,1 Prozent. Im Jahre 1911 war eine Zunahme von 1227 Tabakarbeitern zu verzeichnen. Die Zahl der Betriebe ist von 859 auf 848, also um 11 gesunken. Wurden im Vorjahre in einem Betrieb durchschnittlich 48 Tabakarbeiter beschäftigt, so waren es 49 im Jahre 1912; demnach zeigt sich eine weitere Entwicklung zum Großbetrieb. Erwachsene männliche Arbeiter waren 10 589 (im Vorjahre 10 520), weibliche Arbeiter über 16 Jahren 25 908 (25 594), jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren a) männliche 1622 (1813), b) weibliche 2875 (2977); Kinder unter 14 Jahren wurden 1 (1) Knabe und 1 (5) Mädchen beschäftigt.

Ueber die derzeitige Geschäftslage in der badischen Zigarrenindustrie läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

Die Lage der Zigarrenindustrie ist nicht einheitlich. Mittlere und kleine Betriebe, die vorwiegend geringere Sorten fabrizieren, klagen über schlechten Geschäftsgang, weil die billigen Zigarren große Absatzgebiete in Wirtschaften und Militärkantinen verloren und fast nur noch auf dem Lande aufgenommen werden. In der Kaiserin, in den Gasthäusern und bei den privaten Rauchern nimmt der Verbrauch an Zigaretten auf Kosten der Zigarren stark zu, und im Kampfe mit der Zigarette kann sich nur die bessere Zigarre behaupten. Bei ihrer Herstellung gibt aber die Tabaksteuer dem an und für sich konkurrenzfähigeren großen Betrieben einen nicht zu unterschätzenden Vorsprung. Die Steuer richtet sich nach dem Preis, den der Zigarrenfabrikant für den Zigarren bezahlt. Große Firmen kaufen des größeren Quantums wegen und weil sie unter Ausschaltung des Zwischenhandels unmittelbar am Großmarkt in Amsterdam einkaufen können, den Zigarren wesentlich billiger als kleinere, auf den Zwischenhandel angewiesene Betriebe. Dazu kommt, daß im Großverkauf bei der verhältnismäßig oberflächlichen Sortierung der Rollen auch für wertvolle Zigaretten nur Durchschnittspreise bezahlt werden, während der kleinere Fabrikant für die besten Sorten dem Zwischenhändler besonders hohe Preise bezahlen muß. Der Geschäftswert der Zigarette durch die einseitige Vorliebe des Publikums für helle und einfach gefärbte Decker, deren Preise dadurch ständig in die Höhe getrieben werden. Die Versuche, diese Erschwerungen der Produktion zu bekämpfen, sind sehr vielfältig und zahlreich. Namentlich nötigt der Kampf mit der Zigarette zu ständigem Probieren mit neuen Formaten. Alle diese Dinge bringen Unstetigkeit, Unsicherheit und Erschwerung des Disponierens in die Industrie; den Fabrikanten entstehen erhebliche Betriebskosten. Die Arbeiter müssen sich häufig auf neue Formen einarbeiten und verdrängen während dieser Zeit ihren ständigen Lohn nicht.

Daß an den Verhältnissen in der Zigarrenindustrie die Zigarette eine Hauptschuld trägt, zeigt in Baden die ganz aufgewendete Entwicklung der Zigarettenfabrik Waisgärt in Baden-Baden, die in wenigen Jahren von weniger als hundert auf ungefähr siebenhundert Arbeiter angewachsen ist. Auch Neugründungen von Zigarettenfabriken kleineren Umfangs sind nicht selten.

Trotz der ungünstigen Geschäftslage hatte das Gewerbeaufsichtsamts im Jahre 1912 28 Neu-, Erweiterungs- oder Veränderungsbauteile, gegen 16 im Vorjahre, zu begutachten. Die Genehmigung wurde unter Berücksichtigung von 139 (109) gestellten Bedingungen empfohlen. Die verhältnismäßig große Zahl von Bauanträgen erklärt sich wohl daraus, daß mit dem 1. Januar 1912 die Bestimmung des Bundesrats, betr. Luftstraum für den einzelnen Arbeiter, eine Erweiterung erfuhr.

Bedauern müssen wir, daß die Zahl der Revisionen in der Anlagen zur Aufbereitung von Zigarren recht erheblich zurückgegangen ist; es wurden 1912 495 Betriebe mit 24 381 Arbeitern im Jahre 1911 revidiert. Zwar ist auch die Zahl der Revisionen für alle dem badischen Gewerbeaufsichtsamts unterstellten Betriebe gesunken, aber das kann nicht als Entschuldigung dienen. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden 48 ermittelt; sie betrafen Anzeigen, Aushänge in 27 Fällen, Dauer der Beschäftigung in 11 Fällen mit 181 Arbeiterinnen, Beschäftigung an Vorabenden von Sonn- und Festtagen in 9 Fällen mit 102 Arbeitern, Beschäftigung von Wöchnerinnen in einem Falle. Wegen dieser Zuwiderhandlungen sind 8 Bestrafungen erfolgt. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften betr. Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sind 32 ermittelt worden; in 23 Fällen handelte es sich um Anzeigen, Verzeichnisse und Aushänge, in 1 Falle mit 2 Beschäftigten um Ausschluß der Kinder von der Beschäftigung, in 1 Falle mit 1 Beschäftigten um die Dauer der Beschäftigung, in 7 Fällen mit 27 Beschäftigten um die Pausen. Wegen dieser Zuwiderhandlungen sind 6 Bestrafungen erfolgt, während ein Verfahren noch schwebt.

Nach dem Bericht breitet sich in Baden die ungeteilte Arbeitszeit an den Tagen vor Sonn- und Festtagen immer mehr aus; das ist namentlich dort der Fall, wo diese Frauen beschäftigt werden. In solchen Fällen wird mindestens eine Einschränkung bzw. Verlegung der Pausen für Arbeiterinnen und Jugendliche gewünscht. Notwendig ist natürlich eine solche Einschränkung nicht, aber die Unternehmer glauben schon allzuviel Profit einzubüßen, wenn sie ohne Verringerung bzw. Kürzung der Pausen auch nur an den Sonnabenden die Arbeitszeit früher beenden lassen. Auch eine Zigarrenfabrik erhielt die Erlaubnis, ihre Arbeiterinnen an den Samstagen von 6½ Uhr morgens bis 2 Uhr mittags mit einer halbstündigen Pause, die jugendlichen Arbeiter während derselben Zeit mit einer einstündigen Pause durcharbeiten zu lassen.

Ueber die Durchführung der bundesrätlichen Vorschriften läßt sich der Bericht folgendermaßen aus: „Mit dem Schluß des Berichtsjahres tritt die Bekanntmachung des Reichslanzler vom 17. Februar 1907 über die Einrichtung und den Betrieb von Zigarrenfabriken auch für die beim Erlaß der Verordnung schon betriebenen Anlagen in Kraft. Es müssen danach jetzt alle Zigarrenfabriken einen Luftstraum von zehn Kubikmeter für jede beschäftigte Person aufweisen, sofern nicht wegen des Vorhandenseins einer wirksamen Lüftung ein geringeres Maß, mindestens sieben Kubikmeter, behördlich zugelassen wurde. Als eine wirksame Lüftung erkennt das Gewerbeaufsichtsamts die Einpressung frischer, im Winter vorgewärmter, Luft an. Dabei wird ein dreifacher, in Verbindung mit Dampferzeugung ein zweifacher stündlicher Luftwechsel gefordert. Entlüftungsanlagen sollen nicht ganz ausgeschlossen sein, doch wird ihre Anerkennung für die Ausnahmebewilligung von dem praktischen Nachweis abhängig gemacht, daß sie zugfrei arbeite und daß für geordnetes Nachströmen genügend warmer Luft Sorge getragen ist.“ Im übrigen erwähnt der Bericht noch diesen Fall aus der Praxis: „Eine Zigarrenfabrik bezog entgegen erlassenen Aufträgen nur 2,7 Meter anstatt 3 Meter hohe Mieträume, kam aber durch Umbauten den gesetzlichen Vorschriften nach, nachdem sie bestraft und mit BetriebsEinstellung bedroht worden war.“

## Der amerikanische Zigarrenmacherverband im Jahre 1912.

Das letzte Jahr verlief für den amerikanischen Zigarrenmacherverband, die Cigar Makers' International Union, nicht günstig. Vor allem war wieder ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen, und zwar hauptsächlich in der Klasse der vollberechtigten Mitglieder, die 30 Cents Wochenbeitrag leisten; ihre Zahl sank von 42 107 in 1911 auf 40 373 in 1912. Die Zahl der Mitglieder der 15-Cents-Beitragsklasse nahm von 1257 auf 1238 ab und nur bei den Mitgliedern der 20 Cents-Beitragsklasse ergab sich eine Zunahme von 6608 auf 6846; das sind vom Verlus abgegangene Mitglieder, die sich durch Weiterzahlung eines ermäßigten Beitrags ihre Rechte auf Kranken- und Sterbegeld wahren. Am höchsten war die Mitgliederzahl des Verbandes im Jahre 1909; seit 1910 ging sie ununterbrochen zurück, was die folgenden Zahlen zeigen:

Jahr	Mitgliederzahl	Abnahme überhaupt	in Prozent
1909	51 577	—	—
1910	51 442	35	—
1911	49 972	1473	2,8
1912	48 457	1515	3,0

Im Jahre 1912 war die Gesamtmitgliederzahl um 3020 oder 5,8 pP. geringer als 1909. Die Zahl der vollberechtigten Mitglieder nahm von 44 414 in 1909 auf 40 373 in 1912 ab, also um 4041 oder gerade 10 Prozent. Das ist gewiß ein recht unerfreuliches Ergebnis. Der Geschäftsgang der Zigarrenindustrie war im letzten Jahre gut, wenn auch nicht flott. Er ist am wenigsten für den Mitgliederverlust verantwortlich. Man kann sich dagegen nicht verhehlen, daß die Werbestraft der Organisation nachgelassen hat. Die Agitation wird nicht mit der nötigen Regelmäßigkeit betrieben, und namentlich die Organisation der Großbetriebe stößt auf arge Schwierigkeiten, die nur bei Anwendung großer Energie zu überwinden sind. Unüberwindlich sind sie durchaus nicht. Das zeigt der Erfolg, welchen die jüngste Organisationskampagne der amerikanischen gewerkschaftlichen Landeszentrale in den Eisen- und Stahlwerken hatte, die doch ebenfalls vom Großkapital beherrscht werden.

Auch das finanzielle Ergebnis des letzten Jahres läßt viel zu wünschen übrig, denn trotz der Erhebung einer Sondersteuer von 1 Doll. (4,20 M.) pro Mitglied, waren die Ausgaben wieder höher wie die Einnahmen. Dasselbe war schon 1908 bis 1911 der Fall. Das Gehaltsergebnis in den Jahren 1911 und 1912 wird in den folgenden Zahlen dargestellt.

	1911	1912
Gesamteinnahmen	802 006	815 567
Gesamtausgaben	847 549	859 477
Verlust	45 543	43 910
Vermögen am Jahresluß	443 385	399 475

Seit Ende 1907 ging der Vermögensbestand des Verbandes um den Betrag von 375 831 Doll. zurück.

Im letzten Jahre wurde der Ertrag der Sondersteuer (46 106 Doll.) mehr als aufgewogen durch die Kosten des Verbandstages (49 731 Doll.). Ohne die Sondersteuer aber wären die Gesamteinnahmen von 1912 erheblich geringer gewesen als 1911. Die Summe der Beitrittsgeelder ging von 16 379 Doll. 1911 auf 11 128 Doll. 1912 zurück; die regelmäßigen Beitrags-einnahmen verringerten sich von 706 722 Doll. 1911 auf 694 970 Doll. 1912. Der Betrag der rückgezählten Reisebarlehen machte 1911 33 568 Doll. und 1912 33 406 Doll. aus.

Die Ausgaben für Unterstützungen aller Art betragen 1911 576 120 Doll. und 1912 555 357 Doll., also um 20 763 Doll. weniger. Dieser Rückgang ist die Folge der verhältnismäßig geringen Kosten der Arbeitskämpfe im letzten Jahre. Auch der Betrag der Reisebarlehen ging zurück. Für Arbeitslosen-, Kranken-, sowie Ablebens- und Invalidenunterstützung wurde 1912 mehr ausgegeben als 1911. Die Aufwendungen für Arbeitslosenunter-

stützung waren aber immerhin noch bedeutend geringer als in den Krisenjahren 1908 und 1909.

In den beiden letzten Jahren verteilten sich die Ausgaben für Unterstützungen wie folgt:

	1911	1912
Reisebarlehen	88 548 Doll.	88 118 Doll.
Arbeitslosenunterstützung	86 948	42 911
Krankengeld	201 296	204 776
Sterbegeld u. Invalidenabfindung	251 877	261 910
Streikunterstützung	47 671	12 847
Zusammen	576 120 Doll.	557 557 Doll.

Die Ausgaben für Streikunterstützung waren seit dem Bestand des Verbandes nur sechsmal geringer als 1912, und zwar in den Jahren 1879, 1880, 1889, 1897, 1899, und 1905. Die auf das Mitglied treffenden Ausgaben für Streikunterstützung waren nur 1889 und 1905 geringer wie 1912; im letzten Jahre betragen sie 30 Cents, gegen 1,10 Doll. 1911, wobei der Berechnung nur die Zahl der bezugsberechtigten Mitglieder zugrunde gelegt ist. Für Arbeitslosenunterstützung wurden pro Mitglied 1911 88 Cents und 1912 1,06 Doll. ausgegeben, die durchschnittlichen Kosten der Krankenunterstützungen betragen 1911 4,13 Doll. und 1912 4,34 Doll., jene des Sterbegeldes zc. 1911 5,04 Doll. und 1912 5,41 Doll. Da sich Mitglieder der höheren Altersklassen im Verbands überhäufen, überrascht es eigentlich nicht, daß das auf das Mitglied treffende Einkommen der Sterbegeldunterstützung in den letzten zehn Jahren — seit 1903 — um 73 Prozent stieg, während die Mitgliederzahl 1912 nur um 9,5 Prozent höher war als 1903. Entweder müssen mehr jüngere Kollegen und Kolleginnen für den Verband gewonnen werden, oder die Erhöhung der Beiträge ist in absehbarer Zeit unvermeidlich.

Ueber die wirtschaftlichen Erfolge wird im Bericht des Verbandes nicht viel gesagt. Durch ArbeitsEinstellung wurden die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen in etwa 50 Fällen verbessert. Ueber den Erfolg der Bewegungen ohne ArbeitsEinstellung wird seitens der Ortsgruppen an den Zentralvorstand berichtet, doch ist es gewiß, daß diese Erfolge ausgiebiger waren als die Streikerfolge. Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen kamen kaum vor.

Wir hoffen, daß der Verband im laufenden Jahre in jeder Hinsicht einen Aufschwung zu verzeichnen haben wird, der zur Wahrung seiner Erwerbsbedingungen und zur Besserung der Verhältnisse notwendig ist. F.

## Weiteres vom Christenblatt.

Den Tabakarbeitern ist es nicht möglich, besondere Mittel zur Pflege des Humors aufzuwenden. Das weiß auch die christliche Tabakarbeiterzeitung, die denn auch diesem Umstand Rechnung trägt und ihren unfreiwilligen Humor in dankenswerter Weise ab und zu zum besten gibt. Wir sehen gar nicht ein, weshalb wir nicht auch unsere Leser zu dem billigen Gaudium verhelfen sollen. Also zunächst zur Einführung! Die christliche Tabakarbeiterzeitung hat sich in ihrer Nummer 17 unter der Firmierung „Der Holzheim“ einen launigen Artikel zusammengefasst. Was sie will, können wir nur raten. Aber muß man denn auch immer etwas wollen? Es ist doch schon allerhand, wenn dem Humor genügt ist. Der ist allerdings so köstlich-unschuldig, daß wir unsern Lesern am liebsten den ganzen Heiterkeitsbrei vorsetzen möchten. Aber da der Tabak-Arbeiter ja hauptsächlich ersten Sachen dienen muß, wollen die Leser uns verzeihen, wenn wir das christlich-humoristische Schatzkästlein nicht ganz ausschütten. Also:

„Wer die vielen Lohnbewegungen der christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, mußte immer mehr zu der Einsicht kommen, daß die christlichen Gewerkschaften die wahre und richtige Vertretung der Arbeiterinteressen sind.“

Aufmerksamkeit ist wohl besonders nötig! Vielleicht erfindet die christliche Lunte noch ein Vergrößerungsglas für ihre Lohnbewegungen. Weiter:

„Überall da, wo Interessen der Arbeiter auf dem Spiele standen, haben sie (die christlichen Gewerkschaften) ihre ganze Macht und ihren ganzen Einfluß eingesetzt, um für die Arbeiterschaft zu wirken.“

Die Erde bebte unter der Macht und dem Einfluß des „christlichen“ Tabakarbeiterverbandes. Dann eine Beruhigungsspiße für die zitternden Unternehmer:

„Aber trotz dieser energischen Arbeiterinteressenvertretung haben sie immer die notwendige Rücksicht auf die Unternehmer und ihre Betriebe genommen.“

Ist das nicht furchtbar brav bei all der Energie für die Arbeiterinteressen? Da sind doch die freien Gewerkschaften lange nicht auf der Höhe.

„Bei ihnen werden vielfach Streiks usw. unternommen, um Machtgelüste zu befriedigen. Daß da die Unternehmer und die ganze Industrie, somit also auch die Industriearbeiter dadurch oft schwer geschädigt werden, ist eine traurige Tatsache.“

Endlich ist eine plausible Erklärung für die so schlechte Lage der Tabakarbeiter gefunden: Die Machtgelüste des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Donnerstags! Das hätte längst ergründet werden müssen. Wenn wir nun alle in den christlichen Tabakarbeiterverband eintreten, dann schummern wir uns schon durch zu lichten Höhen.

Und warum haben die freien Gewerkschaften (oder wie der „Christe“ hier vorlässiger ausdrückt, die Freunde und Anhänger der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die er mit den freien Gewerkschaften gern in einen Topf wirft) solche Machtgelüste? Ganz einfach:

„Sie wollen ja den Untergang der bestehenden Klassen. Sie haben als Anhänger dieser obigen Lehre (der marxistischen nämlich) ein großes Interesse daran, der heutigen Welt beweisen zu können, daß die jetzige Wirtschaftsordnung auf die Dauer unhaltbar



ih, daß sie in sich selbst zusammenkrachen... unter dem Druck ihrer eigenen Last und Größe.

Hier wird die Geschichte zwar etwas tragisch, aber unsere Leser wollen sich weiter nicht stören lassen, denn gleich darauf wird wieder hell.

Sie (die christlich-nationale Arbeiterbewegung) sucht durch überlegtes Sand-in-Sandbarkeiten mit den anderen Ständen die Mischlande im Arbeiterstand zu beschließen unter billiger Berücksichtigung der Interessen anderer Stände.

Auf diese Weise geht es dann noch eine Weile fort, bis die freien Gewerkschaften, und damit natürlich auch unser Verband, aufsteht.

Daß diese Unternehmer immer noch nicht ihren Vorteil ganz begreifen! Da prostituierten sich die Christenführer tagtäglich als schwarz-gelb schillernde Unternehmerfreunde und singen Hymnen der Jammerlappigkeit, und immer ziehts noch nicht.

Damit die Sache den rechten Anstrich kriegt, wollen wir doch auch die christliche Faust unserer Leser zeigen. Hätte man nicht das Fiennen wehen wahrgenommen, so sollte man meinen, daß etwas dahinter sei.

Die Arbeiter gehen doch nicht allein deswegen in die Fabrik, um die Fabrikanten reich zu machen. Auch ist der Lohn, den die Arbeiter verdienen, kein Einheitslohn, sondern eine Leistung auf Gegenleistung.

Das hätte ja ein roter Verbändler betraute auch nicht besser sagen können. Aber es nimmt niemand solche Redensarten für bare Münze, wenn die übrigen oben abgedruckten Aeußerungen dagegen gehalten werden.

### Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats für das Jahr 1912

Im Jahre 1912 wurden dem Zentral-Arbeitersekretariat insgesamt 2343 Sachen zur Vertretung überwiehen, die fast ausschließlich Fragen der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung oder Landesgesetzlichen Knappschaftsversicherung betreffen.

Es wurden eingekandt:	
von den Arbeitersekretariaten	1631
von den Gewerkschaftsstellen	41
von den Rechtsauskunftsstellen	66
von den Vorständen und Verwaltungsstellen der gewerkschaftlichen Organisationen	279
von Klägern direkt und durch Vermittlung anderer Personen, auch Vorständen von politischen Organisationen	324
Seit Bestehen des Sekretariats sind demselben überwiesen:	
1903	633 Sachen
1904	968
1905	1698
1906	1497
1907	1342
1908	1274
1909	2170
1910	2416
1911	2465
1912	2343

Zu den neu eingegangenen 2343 Streitigkeiten traten die aus den Vorjahren noch in der Schwere gehenden, nämlich aus dem Jahre 1909 1 Sache, aus dem Jahre 1910 38 Sachen, aus dem Jahre 1911 866 Sachen.

In bearbeitet waren demnach insgesamt 5190 Sachen, von denen 2165 erledigt wurden. Rückständig blieben:

aus dem Jahre 1909 1 Sache, aus dem Jahre 1910 38 Sachen, aus dem Jahre 1911 866 Sachen, aus dem Jahre 1912 633 Sachen.

Wie in den früheren Jahren sind auch diesmal die Verteilungen der Entscheidungen mit größter Sorgfalt durchgeführt worden.

solcheswegs immer von nachstehenden erfolgt, in dieser der als abgelehnt gebuchten Sachen ist die Vertretung im ersten Termin übernommen und dabei weitere Beweisführung durchgeführt worden.

Für Erklärungen der Verletzten im Termin, für beigelegte Gutachten oder sonstige für erforderlich gehaltene Ausgaben sind die Berufsgegenständlichen in 190 Fällen zur Zahlung von 2918,60 M. verurteilt worden. Dabei ist bemerkt, daß bei der Unentgeltlichkeit der Vertretung durch die Arbeitersekretariate und das Zentral-Arbeitersekretariat Kostenanträge von uns nur gestellt werden, wenn dem Verletzten nachweislich besondere Schäden entstanden sind.

In der Natur der Sache liegt, daß die meisten Streitfälle vor dem Reichsversicherungsamt erledigt wurden. Von den Unfallsachen waren 1987. Die verbleibenden 27 wurden endgültig im Berufungsverfahren erledigt.

In Invalidenrentensachen ist nur die Revision zulässig. Dadurch wird von vornherein die Tätigkeit des Zentral-Arbeitersekretariats auf diesen Gebiete eingegrenzt.

In 30 Revisionenverfahren vor dem Reichsversicherungsamt in Knappschaftsangelegenheiten erledigt. Hieron wurde in 20 Fällen die Revision der Kläger zurückgewiesen.

Sonstige, nicht zu bearbeitenden Sachen betreffende Anträge, die sich auf alle Rechtsgebiete verteilen, gingen 779 ein, die 831 schriftliche Auskünfte notwendig machten.

Es ist im Berichtsjahr zum erstenmal seit Bestehen des Zentral-Arbeitersekretariats die Erscheinung zu beobachten gewesen, daß die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

Die Zahl der zur Vertretung übermiesigen Streitigkeiten gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist. Im Jahre 1911 erfolgten 2465 Übermiesungen, im Jahre 1912 deren nur 2343, also 122 weniger.

mar. Nach den Zahlungen der Vorjahre ergibt sich, daß bei den ersten drei Monate in Frage kommen, ein Abflauen der Arbeitslosenziffern vom Januar bis März, gegenwärtig ist das Umgekehrte wahrzunehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich mit dem Vorjahre um 100000 Personen zugenommen.

### Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Wie berichtet wurde, sind die Tabakarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten.

Amsterdam. Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, wobei es in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem zur Arbeits einstellen kam.

Bremen. Die Firma D. P. W. & Co. hat die Löhne der Zigarrenarbeiter um 1,50 M pro Mille, so daß dort nun Löhne von 11,50 M bis 17 M pro Mille gezahlt werden.

Guben (Prov. Brandenburg). Die Bewegung zeigte den Erfolg, daß die Firmen E. Brandt, C. Gräß, W. Me. Mich. Hennig, Joh. S. an, Carl Mager, P. Methmann und J. Müller annahmbare Lohnzulagen gewährten.

Breslau. Es gelang nunmehr, auch mit den Firmen Julius Blüschke und Wilh. Sargner die Lohnverhältnisse tariflich zu regeln.

Brieg i. Schl. Die Firma Wilhelm Ritsche erklärte sich bereit, den Landesminimallohn von 7,70 M pro Mille zu zahlen.

Sprottau i. Schl. Die Bewegung bei der Firma Endemann & Gröschler nahm angesichts der mangelnden Organisation einen zufriedenstellenden Verlauf.

Altona a. S. Die Firma Carl Schwanwald erklärte sich bereit, den für Altona bestehenden Minimallohn zu zahlen.

Altona i. S. Die Firma Carl Nyamach, die im Tarifverhältnis steht, erhöhte die Löhne bei zwei Sorten um 50 S und 1 M pro Mille.

Altona i. S. Die Firma Carl Nyamach erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 8 M pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und fertiger Einlage zu zahlen.

Altona i. S. Die Firma Carl Nyamach erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 8 M pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und fertiger Einlage zu zahlen.

Altona i. S. Die Firma Carl Nyamach erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 8 M pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und fertiger Einlage zu zahlen.

Altona i. S. Die Firma Carl Nyamach erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 8 M pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und fertiger Einlage zu zahlen.

Altona i. S. Die Firma Carl Nyamach erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 8 M pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und fertiger Einlage zu zahlen.

Altona i. S. Die Firma Carl Nyamach erklärte sich bereit, einen Minimallohn von 8 M pro Mille bei Lieferung entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und fertiger Einlage zu zahlen.

### Mitteilungen aus dem Beruf.

Zur Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe. Das erste Vierteljahr 1913 hat, obgleich schon das letzte Vierteljahr 1912 bedenklich hohe Arbeitslosenziffern brachte, noch eine Steigerung der Arbeitslosigkeit aufzuweisen.

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit im 1. Vierteljahr betrug bei Männlichen 3128, bei Weiblichen 2750, zusammen 5878 (im 4. Vierteljahr 1912 5842, im 1. Vierteljahr 1912 2637).

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit im 1. Vierteljahr betrug bei Männlichen 3128, bei Weiblichen 2750, zusammen 5878 (im 4. Vierteljahr 1912 5842, im 1. Vierteljahr 1912 2637).

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit im 1. Vierteljahr betrug bei Männlichen 3128, bei Weiblichen 2750, zusammen 5878 (im 4. Vierteljahr 1912 5842, im 1. Vierteljahr 1912 2637).

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit im 1. Vierteljahr betrug bei Männlichen 3128, bei Weiblichen 2750, zusammen 5878 (im 4. Vierteljahr 1912 5842, im 1. Vierteljahr 1912 2637).

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit im 1. Vierteljahr betrug bei Männlichen 3128, bei Weiblichen 2750, zusammen 5878 (im 4. Vierteljahr 1912 5842, im 1. Vierteljahr 1912 2637).

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit im 1. Vierteljahr betrug bei Männlichen 3128, bei Weiblichen 2750, zusammen 5878 (im 4. Vierteljahr 1912 5842, im 1. Vierteljahr 1912 2637).



pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 Stunden.

**Seiffhennersdorf i. Sa.** Die Firma J. A. F. Armer erklärte sich bereit, einen Minimumlohn von 8,50 M pro Woche bei Bereitung von feinstem Deckblatt und 50 M pro und fertiger Einlage zu zahlen. Die gemachten Lohnzulagen betragen 30 S bis 1 M pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 1/2 Stunden. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

**Fabersleben.** Wiederholt richteten die Spinner an die Firma M. Hansen jun. in Fabersleben und Nordburg (Filiale) die Forderung, Sommerferien zu gewähren. Die Firma ist nunmehr den Spinnern entgegengekommen, indem sie diesen nach einjähriger Beschäftigung drei Tage Ferien gewährt. Bei Zahlung von 4,50 M pro Tag. Hoffentlich wird die Firma sich auch noch bereit finden, nicht allein die Ferientäglichkeit zu verlängern, sondern auch auf alle in ihren beiden Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auszudehnen.

**Lübeck.** Die Firma G. Th. H. Renberg versuchte den Lohn der Spinner zu reduzieren, indem sie einen Spinner annahm und ihm anstatt einen Wochenlohn von 23 M nur 20 M zahlte. Der fragliche Spinner stellte die Arbeit ein. Die Firma erklärte sich nunmehr bereit, die für Lübeck üblichen Mindestlöhne zu zahlen.

**Sachsen (Prov. Sachsen).** Der mit der Firma M. Fleiß abgeschlossene Tarifvertrag ist abgelaufen, da die Firma einen neuen Tarifvertrag nicht wieder einging. Andererseits konnte mit der Firma ein neuer Tarifvertrag nicht abgeschlossen werden, da sie nur unorganisierte Arbeiter beschäftigt. Die Firma ist aus der Liste tariffreier Firmen zu streichen.

**Hamburg.** Infolge großer Arbeitslosigkeit ist der Zugang nach Hamburg und Umgegend fernzuhalten.

### Der Gau Sachsen im Jahre 1912.

Wie in den Vorjahren, so dürfte es auch diesmal angebracht sein, den Mitgliedern des 11. Gau's und des Gesamtverbandes einen kurzen Bericht über die Tätigkeit und die Entwicklung unserer Organisation im Jahre 1912 zu geben.

Es beharf wohl kaum vieler Beweise, daß auch die Zigarrenindustrie unseres Gau's im verflochtenen Jahre noch ganz erheblich mit wirtschaftlichen Depressionen zu rechnen hatte. Nicht allein, daß beschlossene Kleinere Betriebe von der Weltläge betroffen waren, sondern auch eine der ältesten Zigarrenfabriken Sachsens, die bis zur Einführung der Wertsteuer noch mehrere hundert Arbeiter beschäftigte, mußte liquidieren. Selbst in mittelsächsischen Bezirken, wo die Fabrikanten vermöge niedriger Gehaltsforderungen noch recht portabelhaft der Konkurrenz entgegen traten, waren Beschäftigungen und Produktionsbeschränkungen in recht schmerzhaften Maße zu verzeichnen. Die Zigarettenindustrie dagegen kann von Jahr zu Jahr bedeutende Erweiterungen ihrer Absatzgebiete erleben. Wurden im Rechnungsjahre 1907/08 in Sachsen 3131 Millionen Zigaretten hergestellt, so stieg die Produktion im Jahre 1911/12 auf 4766 Millionen Stück. Das bedeutet eine Steigerung um 52 Prozent. Grundfaß aber wäre es, anzunehmen zu wollen, daß in gleichem Maße eine Zunahme der Arbeiterzahlen eingetreten wäre. Fast das Gegenteil ist richtig. In die Stelle der Handarbeiter tritt mehr und mehr die Maschine. Waren bis 1908 in den Fabriken nur vereinzelt Zigarettenmaschinen zu finden, so ist seitdem ein ganz gewaltiger Umschwung eingetreten, denn im April 1912 waren in 27 Dresdener Zigarettenfabriken bereits 181 Strang- und 129 Stoppmaschinen neben 227 Hülsmaschinen in Betrieb. Ein einzelner „eiserner Kollege“ ersetzt 50 bis 150 Handarbeiterinnen. Dazu kommt, daß die Maschine um 75 Prozent billiger arbeitet. Es kann daher auch kaum verwundern, daß die Maschinenabteilung manches Betriebes recht oft mit überflüssigen Arbeitern rechnen müssen. Sehr häufig war letzteres im vergangenen Jahre der Fall.

Wenn die von unserem Verband zur Auszahlung kommende Arbeitslosenunterstützung als Maßstab für den Beschäftigungsgrad im Gewerbe angelegt werden kann, so geht auch daraus hervor, daß wir in unserem Gau im Vorjahre mit erheblich größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten. Während 1911 alle 33 Stellen des Gau's zusammen 12 488 M an Arbeitslosenunterstützung verausgabten, betrug diese Unterstützung 1912, allein bei fünf Familien, welche Anfang des Jahres die größte Mitgliederzahl aufwiesen, nämlich Dresden, Deuben, Waldheim, Freiberg und Frankenberg, bereits über 13 500 M. Und in allen anderen Zahlstellen ist ebenfalls eine ganz außerordentliche Steigerung dieser Unterstützungsausgabe zu blicken.

Trotz solcher nicht gerade besonders günstigen Umstände ist es der tüchtigen Arbeit vieler Kollegen und Kolleginnen gelungen, durch nachhaltige, intensive Agitation den Kreis der Organisation wiederum zu vergrößern. Durch die Verschmelzung mit dem Sortierverband haben wir nicht nur einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs erhalten, sondern es soll auch anerkannt werden, daß in verschiedenen Orten die Sortierkollegen ihre ganze Kraft mit in den Dienst der gemeinsamen Organisation, sei es bei der Verwaltung oder sonstigen Arbeiten, gestellt haben. Besonders lobhaft wurde die Agitation unter den Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie des Dresdener Bezirkes betriebe, und es ist zu hoffen, daß auch in der Folgezeit hier noch mancher gute Fortschritt wird zu erreichen sein. Von Seiten der Gauleitung wurden im Berichtsjahre 22 öffentliche, 75 Mitgliederbesprechungen und 134 Betriebsbesprechungen und Sitzungen mit Verwaltungen, Kommissionen usw. abgehalten. Von diesen 231 Veranstaltungen befaßten sich in ihrem Hauptteile 105 mit Lohnforderungen oder sonstigen Fragen im Arbeitsverhältnis, 126 mit Agitation, Kassenanlegenheiten, allgemeinen Gewerkschaftsfragen u. dergl. Von der Agitationsbrüchigkeit: Allen Kolleginnen zur Beachtung wurden 4000 den Zahlstellen zur Verbreitung überwiesen, und für die Zigarettenarbeiter wurde eine Flugblattverfertigung und in 8000 Exemplaren verbreitet.

Die Zahl der Zahlstellen und Mitglieder betrug:

Ende 1911	Zahlstellen	54	6156	1298	3459
Ende 1912	52	6111	1692	3898	

Aufgehoben wurden die Zahlstellen G. T. W. G. und R. A. D. e. r. g. In letzterem Orte sind nur noch 3 Tabakarbeiter beschäftigt. Die Zahlstelle G. T. W. G. wurde mit Dresden vereinigt. Neugegründet wurde K. a. n. n. h. o. f. Ein schließlich der aufgelösten und neugegründeten Zahlstellen haben gegenüber dem Vorjahre 3 Zahlstellen keine Veränderung der Mitgliederzahl, 20 Zahlstellen hatten einen Rückgang um zusammen 112 und 32 Zahlstellen eine Zunahme um 1067 Mitglieder zu verzeichnen. Die 22 in letzterem Bewegung selbst gestaltete sich im Berichtsjahre folgendermaßen:

Zugang:

	männlich	weiblich	zusammen
Eingetreten	362	117	1419
abgewandert	335	40	375
zum Sortierverband übergetreten	438	70	508
aus anderen Verbänden übergetreten	30	41	71
Summa	1105	1288	2378

Zugang:

	männlich	weiblich	zusammen
Ausgetreten	122	517	640
abgewandert	369	201	570
gestorben	20	14	34
gestrichen	77	97	174
Summa	588	829	1418

Die Aufstellung zeigt uns, daß die Fluktuation in unserem Gau eine recht große ist, denn 1418 Aufnahmen stehen 514 Austritten und Streichungen gegenüber. Wir werden also nun müssen, um dieses Mißverhältnis zu beheben.

Da unser Gau in seiner jetzigen Umgrenzung seit 1. Januar 1909 besteht, will ich einmal eine Aufstellung über die Entwicklung desselben in dieser Zeit hier folgen lassen. Der 11. Gau hatte:

Ende 1908	Zahlstellen	männlich	weiblich	zusammen	Zunahme
1908	56	1651	2972	4623	
1909	57	1658	3262	4920	+ 267
1910	54	1639	3446	5085	+ 165
1911	54	1689	3457	5166	+ 71
1912	52	2212	3899	6111	+ 955

Die Mitgliedschaft blieb demnach um 1488 Im Interesse aller Mitglieder liegt es, wenn sie zukünftig noch reger als bisher für die Ausbreitung des Verbandes wirken.

Die Lohnbewegungen waren gegenüber den Vorjahren weniger umfangreich, was in dem einigungsgeleiteten zum Teil seine Erklärung findet. Bewegungen zur Verbesserung der Lohnverhältnisse konnten in 23 Orten und 33 Betrieben ohne Kampf durchgeführt werden, darunter sind 7 Betriebe, wo nur die Zigarettenfabrikanten Forderungen stellten. In diesen 33 Betrieben, resp. Betriebsabteilungen waren 434 männliche, 1259 weibliche, zusammen also 1693 Arbeiter beschäftigt. An den Bewegungen beteiligt waren davon 349 männliche und 502 weibliche, zusammen 851 Arbeiter. Organisiert waren bei der Einleitung der Bewegungen 273 männliche = 78,2 Prozent, 281 weibliche = 50,2 Prozent, zusammen 554 = 65,1 Prozent der beteiligten Arbeiter.

In 5 Betrieben kam es zur Arbeitsentstellung. In 3 Fällen waren nur Zigarettenfabrikanten beteiligt. In diesen Betrieben resp. Sortierereien waren 110 Personen, darunter 55 weibliche beschäftigt. An der Streiks beteiligt waren 68 Personen, davon 23 weibliche. Mit Erfolg beendet wurde die Bewegung in drei Betrieben mit 29 Beteiligten. Ohne Erfolg endete der Kampf in 2 Betrieben — Apfel & Brunner, Leipzig, und F. W. Raffel, Pirna, — mit 36 Beteiligten, davon 16 weiblich.

Die erreichten Lohnzulagen für Rollen und Blättermacher betragen in 20 von 25 in Betracht kommenden Betrieben insgesamt auf:

135 Sorten bis 25 M pro Mille	25 M pro Mille
162	30—50
31	55—95
43	1 M
13	1,25—1,50
4	1,50—1,70
11	2,— M und darüber.

In den weiteren 5 Betrieben, wo die Feststellung der Sorten keine vollständige war, wurden durchschnittlich Lohnzulagen erzielt von 35, 40, 60 und 75 S pro Mille. Die Zigarettenfabrikanten erzielten Lohnschönlagen von 3 S bis 1,25 M pro Mille. Im Durchschnitt betragen die Lohnschönlagen 10 bis 15 Prozent.

Zwei Betriebe mit 98 beteiligten Arbeiterinnen entfallen auf die Zigarettenbranche.

Neben den direkten Lohnschönlagen wurden auch im Berichtsjahre vielfach noch ganz wesentliche Verbesserungen bei der Materialzahlung usw. erreicht. In einer größeren Anzahl von Fällen war es den Arbeiterausschüssen und den einzelnen Mitgliedern möglich, für einzelne Sorten Lohnschönlagen bis zu 5 M pro Mille zu erlangen, ohne daß der Verband direkt dabei einzugreifen brauchte. Alle diese Verbesserungen können stiftlich kaum erfasst werden.

Ein besonderes Kapitel bildet eigentlich die Tätigkeit des Gauleiters bei sonstigen Differenzen und Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, die mehr als Lohnbewegung noch als Abwehrbewegung registriert werden können, obwohl sie unter Umständen eine recht umfangreiche Arbeit für die Verbandsfunktionäre verursachen. Im Berichtsjahre war die Gauleitung bei 25 solcher Fälle tätig, und zwar handelte es sich in 13 Fällen um Entlassung von Arbeitern, in einem Fall um Auslegen, zwei Fälle betrafen Verletzungen der Arbeitsordnung, in zwei Fällen handelte es sich um den Zulassung von Zigaretten und in den übrigen sieben Fällen handelte es sich um Verletzung von schlechtem Material, unzureichende Behandlung durch Vorgesetzte, Verschlechterung in der Lohnzahlung.

Eine erfolglose Abwehrbewegung verdient hervorgehoben zu werden. Die Firma Gebr. Hallbauer in Vodma bei Jindau rief am 26. April die organisierten 10 männlichen Arbeiter — von 14 beschäftigten — einzeln ins Rottorf und veranlaßte sie, ein an die Dreierverwaltung zu gerichtetes Schreiben zu unterzeichnen, worin sie ihren Austritt aus dem Verbands erklärten. Die Firma sandte dann das Schreiben an unseren Bevollmächtigten ab. Gleichzeitig aber riefen die Arbeiter die Gauleitung um Schutz an, und so wurde denn am 30. April einstimmig beschlossen, der Firma die Zurückziehung der geleisteten Austrittserklärung mitzuteilen und es auf die angebotene Auslieferung ankommen zu lassen. Am anderen Morgen aber hatten die Kollegen vor ihrer eigenen Kurage zurückgeblieben. Die meisten erklärten nunmehr bestimmt ihren Austritt aus dem Verbands, während zwei Kollegen gemahnt wurden. Der Ausgang dieser Sache ist für die bei der Firma Hallbauer beschäftigten Arbeiter ein recht klammer, unkomfortabel, als alle in der Versammlung betonten, daß auch gleichzeitig eine Lohnschönlage dringend notwendig durchgeführt werden müsse.

Bezüglich der Korrespondenz ist zu berichten, daß diese wiederum umfangreicher geworden ist. An Posteingängen waren 1158 (im Vorjahre 1218) an Postausgängen dagegen 2112 (L. W. 1703) zu verzeichnen. Ferner wurden mittels Dienstleistungsapparates, 76 verschiedene Rundschreiben, Einladungen, Aufstellungen usw. in 4400 Exemplaren angefertigt. Revisionen in den Zahlstellen wurden 11 vorgenommen.

Überhaupten wir die geleistete Arbeit des Berichtsjahres, so dürfen wir wohl sagen, daß recht viele Kollegen und Kolleginnen unermüdet für die Ausbreitung und Stärkung des Verbandes ihre Kraft eingesetzt haben und daß die geleistete Arbeit auch erfolgreich gemeldet ist. Verfügen wir auch im laufenden Jahre mit vereinteter Kraft unsere Bewegung vorwärts zu treiben, um überall zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen. Auch der angekündigte Verbandstag wird sein Augenmerk darauf richten müssen, daß es uns in Zukunft mehr als bisher möglich ist, für die große Zahl der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Sachsen, die heute noch unter den allerungünstigsten Lohnverhältnissen leidet, und wo die unbegrenzte Ausbeutung der Arbeiter in der Heimindustrie noch wahre Organe feiert, durchgreifende Lohnverbesserungen aus eigener Kraft herbeizuführen.

Einem geschlossenen Unternehmensgeist stehen wir in den aus- schlaggebenden Bezirken Döbeln, Harta, Waldheim, Frankenberg, Freiberg, Schönewitz und Leipzig-Deitzsch gegenüber, und daher müssen alle unsere Mitglieder mit besonderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit auf die Kleinigkeiten achten, die uns in der Hand haben, jeder Unternehmenseinrichtung in jeder sich ergebenden Situation mit größtem Erfolge gegenüber treten zu können. Die Befreiung der Tabakarbeiter aus ihrer wirtschaftlichen Not ist unser Ziel. Dieses mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu erreichen, ist unser gutes Recht! Wir dürfen nicht zum Siege zu verfallen, die Mittel zu seiner Durchführung herbeizuführen, das ist die notwendige, unausweichbare Pflicht aller Tabakarbeiter! Und darum Kollegen, Kolleginnen, gilt es, mit vereinteter Kraft neue, größere, erfolgreichere Arbeit zu leisten!

Dresden. Otto Bergel, Gauleiter.

### Die Berufskrankheit unter den Geldernschen Tabakarbeitern.

Die Tabakindustrie hat in Geldern vor etwa 20 Jahren festen Fuß gefaßt. Vor ungefähr zehn Jahren hatte sie ihre Höhe erreicht, indem sie es zu der höchsten Zahl von 200 Arbeitern gebracht hatte. Dann ging es wieder bergab. Schuld daran war die Verlegung der Maschinen. Gegenwärtig sind, mit Ausnahme der Rüst- löstung in Krätzlicher Behandlung, zum Teil sind sie schon einmal oder mehrfach in der Lungenheilanstalt gemeldet; andere haben einen Antrag auf Heilbehandlung gestellt. Also der größte Teil der angelernten Tabakarbeiter ist von der heimtückischen Krankheit befallen. Es fragt sich nur, wieviel Tabakarbeiter außerdem noch an der Berufskrankheit leiden, ohne daß sie und ihre Angehörigen davon wissen und es erst gemahnt werden, wenn sich die Erscheinungen deutlich einstellen und ein Antrag hinzugezogen werden muß. Geldern ist es, wie bekannt, dann oftmals zu spät.

Sucht man nach den Ursachen solcher erschreckenden Zustände, so muß zunächst auf die schlechten und feuchten Wohnungsverhältnisse hingewiesen werden. Der Geldern kennt, der weiß, daß es eine alte Stadt ist, zudem ist Geldern tief gelegen und größtenteils auf Sumpf und Morast erbaut. Das erklärt auch zum guten Teil die Feuchtigkeit der Wohnungen. Schließlich sind auch viele öffentliche Gebäude, die sich zu Wohnzwecken tauglich oder gar nicht eignen, zu Arbeiterwohnhäusern umgebaut worden, wie Kaserne, Magazins und Kirchengebäude fertige Bauten, die schon durch ihr vermitteltes Aussehen eine störende Bergangenheit zeigen. Auch findet man noch die Lohngewohnheiten, in die die liebe Sonne ihre Strahlen im ganzen Jahre nicht senden kann. Die Mieten entsprechen fast denen einer Großstadt. Unter solchen Umständen müssen schon die Wohnungsverhältnisse des Ortes, die man mitunter als Brutstätten der Tuberkulose bezeichnen kann, zur Gesundheitsverschlechterung ethisch beitragen.

Die Kollegenchaft muß natürlich durch harte Arbeit sich über Wasser halten. Man sollte es kaum glauben, daß die diesigen Kollegen, mit Ausnahme der eben angelernten und der alten, ohne Mithilfe 3 bis 4 Mille Zigaretten einschließlich Wiedelmengen wöchentlich fertigt. Der Lohn beträgt 7 bis 10 und 12 M pro Mille; allerdings werden die teuren Sorten nur ganz wenig gemacht. Man wird begreifen, daß dies für den Körper meistens eine sehr schädliche Anstrengung ist, die dauernd gemacht, den Ruin herbeiführen muß. Aber die Leute wollen und müssen sich und ihre Familien über Wasser halten. Nicht wenig hat die unverschämte Bucherpolitik mit ihrer Vertreibung zur Verschlechterung der Lage der Geldernschen Tabakarbeiter beigetragen. Hat doch infolge der letzten Zollsteigerung ein Arbeiter für eine vierköpfige Familie einen Mehraufwand von 2 M wöchentlich zu leisten. Auch das Zentrum ist mitschuldig daran.

Schon wurde vor einigen Jahren von einwandfreier Seite festgestellt, daß in der Rheinprovinz der Kreis Geldern die höchsten Prozentfälle an Tuberkulosefällen hat, und daß die Stadt Geldern überhaupt oben an stehe. Infolge dieser Tatsache hat sich denn auch ein Kreisverein zur Bekämpfung der Tuberkulose gebildet. Es will die Kreisbehörde und die Landesregierung nicht bestreiten, daß ein etwas geschaffen worden. Aber es mangelt an der finanziellen Unterstützung, die gerade von jener Seite zu wenig berücksichtigt wird. Würde man nach dieser Richtung mehr tun, so könnte der Erfolg hinsichtlich Linderung der Leiden und Einschränkung der Krankheit größer sein. Die Hilfe aus diesem Verein bedeutet nicht viel mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Und doch sind es die alle Werte schaffenden Arbeiter, die so fürchtbar heimgegriffen werden. Und so hin ist der Ansicht, daß, soweit die Tabakarbeiter zunächst in Frage kommen; an anderen, wirksameren Mitteln gegriffen werden muß, und zwar zur Selbsthilfe. Da ist vor allem an den Ausbau unseres Verbandes vor hollen Kampforientierung zu denken. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen her, damit das Uebel der Berufskrankheit möglichst eingebremst wird, damit die Kollegen und Kolleginnen sich nicht durch Überanstrengung kaputt arbeiten brauchen! Ist es nicht von der ärztlichen Wissenschaft bewiesen, daß ein abgepannter, dauernd schlaffer Körper am ehesten für die Tuberkulose empfänglich ist? Es ist hohe Zeit, daß hier in Geldern etwas getan wird und daß man selbst Hand ans Werk legt. Alle müssen dabei sein! Darum redet auch den unorganisierten Kollegen und Kolleginnen ins Gewissen, daß sie sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen. Zur Selbsthilfe ist unbedingt eine starke Organisation nötig. Die Zustände fordern gebieterisch ein Aufstehen der Geldernschen Tabakarbeiter! Geschieht das, so wird auch bei unsern Fabrikanten der Ruf nach Verbesserung nicht ungehört verhallen können. Alle Selbsthilfe aber kann nur mittelst des Verbandes möglich sein.

G. u. B.

### Eingefandt.

Wenn man den Tabak-Arbeiter in den letzten Wochen genau durchgesehen hat, so kommt man zu dem Resultat, daß diese leidenschaftliche Politik unter den Kollegen für den Verband sehr schädlich wirken muß. Gewiß, es entspricht unserm demokratischen Prinzip, sich in voller Öffentlichkeit auszusprechen zu können und zu dürfen, aber wie es in der letzten Zeit geschieht, ist es ein wenig hart, finde ich. Die meisten unserer Kollegen und Kolleginnen fragen sich: wozu das alles. Zum Teil wußten sie auch gar nicht, worum sich die ganze Sache dreht. Wir sind in unserer Mitgliederbesprechung vom Kollegen Heiering aufgeklärt worden. Nun meine ich, die ganze Schuld liegt hier auf dem Konkreten. Er hätte, nachdem er gesehen hatte, daß in unserm Statut Mängel vorhanden sind, mit einem großen aufklärenden Artikel im Tabak-Arbeiter kommen und auf die Notwendigkeit einer außerordentlichen Generalversammlung hinweisen müssen. Daß Mängel vorhanden sind, muß jeder einseitige Kollege unummwunden zugeben; so möchte ich nur auf die große Krankheit und Arbeitslosenunterstützung hinweisen, wo bei voller Mithilfe dieser Einrichtung wenig mehr für den Kampf charakter übrig bleibt. Man könnte in Wirklichkeit unsern Verband wieder wie früher, Unterstützungsverein Deutscher Tabakarbeiter heißen. Dies man die Statuten anderer Verbände durch, so kommt man zu dem Resultat, daß diese mehr für den Kampf und wir mehr für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausgeben. Nun möchte ich dem Vorstand und zugleich allen Zahlstellen den Vorschlag machen, schon jetzt mit Vorschlägen an Abänderung, nicht allein in bezug auf § 9, sondern des ganzen Statuts hervorzutreten. Wir können die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung nicht mehr abschaffen, aber doch nach meiner Ansicht beschneiden. Ich mache den Vorschlag, bei der Krankenunterstützung nur zwei Klassen für männliche und eine Klasse für weibliche Mitglieder einzuführen und bei der Arbeitslosenunterstützung 3 bis 4 Tage Karenzzeit festzusetzen, und die Streifenunterstützung einseitig und nicht nach Klassen zu gestalten. Es wäre für den Vorstand und die Zahlstellen eine kolossale Arbeitsherausforderung. Dann solle man die Krankenunterstützung im ersten Berichtsjahr ganz und im zweiten Berichtsjahr zur Hälfte zahlen; das heißt bei voller langjähriger Mitgliedschaft. Dadurch glaube ich, daß es möglich wäre, ohne Beitragserhöhung auszukommen. Dies alles möchte ich allen Kollegen jetzt schon vorschlagen und sie mögen es ruhig und sachlich prüfen. Ich bin der festen Überzeugung, wir arbeiten dann alle im Interesse des Verbandes.

Carl Lütke. Karl Keller.

### Eingefandt.

Auf die Erweiterung des Kollegen Trippensee in Nr. 18 des Tabak-Arbeiter erlaube ich mir einige bestimmte Tatsachen anzuführen. Es ist nicht richtig, wenn der Kollege Trippensee behauptet, die Redaktionen der Kollegen hätten sich nicht die Fertigkeit zu Unterstützungsarbeiten mit angerechnet. Ich weiß den Kollegen Trippensee, daß die Redaktionen jahrelang zu unserer Unterstützung beigetragen haben. Und wenn der Kollege Trippensee behauptet, durch unsere freundliche Vermittlung ist der Vorstand damit gekommen, daß die Redaktionen der Kollegen am Sonntag nach Schulferien zurückzuführen hätten und aus den 3 Tagen nur 2 entfallen sind, so ist das unabweisbar.



haben weder den Vorstand noch sonst eine Person davon in Kenntnis gesetzt. Nur durch die Veröffentlichung des Kollegen Zippenfel...

Nun etwas zu der sauberen Schreibweise des Kollegen G. Schmidt aus Wetzlar bei Wegead. Ich hatte immer geglaubt, es werden sich Kollegen finden, die diese Handlungswelle kritisieren...

Gegen die 600 M Pension hast du, Kollege Schmidt, unnötiges Geschrei gemacht. Eine Pension konnte ein unbeförderter Gauleiter mit Recht beanspruchen. Du hast nur bemerkt, wie wenig Ver...

Zumerkung der Redaktion: Und ist nicht bekannt, daß der Vorstand in seinen Beschlüssen mit zweierlei Maß gemessen hat und wo ein Irrtum in der Bekanntmachung stattfand, ist sofort eine Korrektur vorgenommen worden.

Berichte.

Agitation im S. Gau. In den Monaten März und April wurde mit der Agitation in nachstehender Weise eingeleitet: Dessen...

Bereitungen von Flugzetteln fanden statt in Wetzlar, Baden, Mühlburg, Zug und München. Kreisläufer wurden verlangt in Weibelsbach, Schönaich, Waben, Kaufen, Mühlberg und Stuttgart.

Baselstab. Werte Kollegen! Es ist uns unerklärlich, daß ihr noch immer unserer Organisation fernbleibt; wir bitten daher folgende Punkte zu beachten: 1. Seit dem letzten Streik...

Waldenhausen. In der am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung beschloß man sich unter Punkt Verschiedenes hauptsächlich mit dem Austritt einiger Kollegen. Es wurde lebhaft debattiert, daß gerade jetzt von einigen Kollegen die Pläne ins...

Lampertheim. Eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Lampertheim beschloß sich mit folgender Tagesordnung: 1. Ist es Pflicht der hiesigen Zahlstelle, sich dem Gewerkschaftsartikel anzuschließen? 2. Vollstufung; 3. Verschiedenes. Kollege B a r t h teilte den Anwesenden mit, daß der Gauleiter Stod durch Verbandsangelegenheiten verhindert sei, heute Abend in der Versammlung zu erscheinen.

Schönaich. Ein Nachspiel zum Schönlancker Streik. Unter der Anlage der Müllung, Veleibung und hergleichen mußten am 6. Mai 18 Arbeiter auf der Anlagebank Platz nehmen. Wohl davon gehörten unserem Verbands an, drei dem christlichen Verband und drei waren überhaupt keine Tabakarbeiter.

Berlin. Die ordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin fand bei nur schwacher Beteiligung am 6. Mai statt. Der Besuch geringe Besuch fand seine Erklärung wohl zum großen Teil darin, daß in Groß-Berlin am selben Abend viele Versammlungen, die sich mit der bevorstehenden Landtagswahl beschäftigten, stattfanden.

Wetzlar auf die Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse und in der Vertik vorstehenden Bildungsabteilungen hingewiesen und zu reger Bemühung aufgefordert hatte, gelangte ein Antrag zur Verhandlung, den arbeitslosen Mitgliedern, die länger als 6 Wochen arbeitslos sind und sich regelmäßig zur Kontrolle gemeldet haben, zu Pfingsten je 10 M aus der Lokalkasse zu bewilligen.

Waldenhausen. Eine Reibition der Abhne ihrer Arbeiter nahm die Firma Wilhelm Agricola Schöne, Zigarettenfabrik in Waldenhausen, vor, aber nicht im zeitgemäßen Sinne nach oben, indem sie ihren Arbeitern in der Sortierabteilung indirekte merkliche Lohnreduzierungen machte.

Waldenhausen. In der am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung beschloß man sich unter Punkt Verschiedenes hauptsächlich mit dem Austritt einiger Kollegen. Es wurde lebhaft debattiert, daß gerade jetzt von einigen Kollegen die Pläne ins...

Waldenhausen. In der am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung beschloß man sich unter Punkt Verschiedenes hauptsächlich mit dem Austritt einiger Kollegen. Es wurde lebhaft debattiert, daß gerade jetzt von einigen Kollegen die Pläne ins...

Leipzig. Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse, veranstaltet vom Ausschuss für studentische Arbeiter-Unterrichtskurse. 11. Halbjahr Sommer 1913.

Leipzig. Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse, veranstaltet vom Ausschuss für studentische Arbeiter-Unterrichtskurse. 11. Halbjahr Sommer 1913.

Leipzig. Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse, veranstaltet vom Ausschuss für studentische Arbeiter-Unterrichtskurse. 11. Halbjahr Sommer 1913.

LISTE UBER GEBRAUCHTE WICKELFORMEN 203 ERHALTEN SIE KOSTENLOS DURCH L. COHN & CO. BERLIN 24 BRUNNENSTR. 24







